

FORDERUNGEN

AN STADTRAT UND KREISTAG

LÜCHOW-DANNENBERG





Präambel

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung, die wir im 21. Jahrhundert zu bewältigen haben, denn es gilt die Lebensgrundlage der Menschheit zu retten.

Doch Klimaschutz ist keine Staatensache sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, da wir als Menschheit für die Erwärmung der Erde verantwortlich sind und sie nur gemeinsam wiederaufhalten können.

Deshalb muss auch der Landkreis seiner Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.

Lüchow-Dannenberg ist zwar nur ein kleines Rädchen im Getriebe aber Veränderung beginnt im Kleinen und nur wenn wir anfangen, die kleinen Rädchen umzulenken, ändern auch die großen Stellschrauben ihre Richtung.

Zu lange wurde gezögert und gezaudert. Wir dürfen und können nicht mehr länger warten.

Dem Landkreis sind großartige Vorraussetzungen gegeben um ein Vorreiter in der Energiewende und ein Vorbild für nachhaltiges Leben zu werden. Einerseits durch die Förderung als Masterplankommune, andererseits durch ein breites Engagement unter den Einwohner*innen, die sich bereits aktiv einsetzen um einen nachhaltigeren Lebensstil zu etablieren. Diese Möglichkeiten müssen genutzt werden um ein Zeichen zu setzen, dass nachhaltiges und klimafreundliches Leben nicht nur möglich, sondern sehr bereichernd sein kann.

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. Wir fordern auf Kommunalebene jede*n Politiker*in, ab sofort und gerade in Fragen der Klimagerechtigkeit, zu mehr politischem Engagement auf!

Diese Forderungen bieten technische sowie politische Lösungsansätze, die wegweisend für einen klimaneutralen und nachhaltigen Landkreis sind und eine Alternative zum Masterplan darstellen, der die Einhaltung der 1,5°-Grenze nicht garantiert, genau wie das unzulängliche Klimaschutzgesetz, welches als verfassungswidrig befunden wurde.

Jedoch reichen auch unsere Lösungsansätze nicht aus um unserem Ziel eines klimaneutralen Landkreises 2035 gerecht zu werden.

Es benötigt zusätzlich das Engagement eines jeden Einzelnen, den persönlichen ökologischen Fußabdruck zu verkleinern und somit zur Verringerung der CO2-Emissionen beizutragen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn der Suffizienzgedanke in der breiten Bevölkerung etabliert und angenommen wird. Auch hier sollte die Kommunalpolitik eine Vorbildfunktion übernehmen und eine nachhaltige Lebensweise vorleben sowie durch politische Entscheidungen ermöglichen.

Fridays for Future
Ortsgruppe Wendland



UNSERE VISION

FÜR DEN LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG



- Der Landkreis bezieht Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien und ist 2035 klimaneutral.
- Der Landkreis besitzt sichere und komfortable Infrastruktur für Radfahrer*innen, das ÖPNV-Netz ist flächendeckend, kostenlos und emissionsfrei.
- Die Bevölkerung des Landkreises wird umfassend über die Klimakrise aufgeklärt. Der Landkreis ermöglicht ein klimafreundliches Leben und informiert transparent über umgesetzte und nicht umgesetzte Klimaschutz-Maßnahmen. Wurde eine potenziell klimaschützende Maßnahme nicht umgesetzt, begründet der Landkreis dies ausführlich und transparent.
- Der Landkreis nutzt seine Ressourcen nachhaltig. Alle Bürger*innen können sich gesund, vegan/vegetarisch, regional und saisonal ernähren. Der Abfall wird durch gesteigerte Recyclingquoten auf ein Minimum reduziert, nicht verwertbare Abfälle werden nach aktuellen Qualitätsstandards entsorgt. Nicht mehr verkaufbare Lebensmittel werden von Unternehmen zur privaten Nutzung zur Verfügung gestellt und/oder kommen sozialen Einrichtungen zugute.
- Unternehmen handeln klimafreundlich und werden dabei vom Landkreis unterstützt
- Das Essensangebot an Schulen ist ausschließlich vegan, regional, saisonal, bio und fair produziert.



FORDERUNGEN

AN DEN KREISTAG LÜCHOW-DANNENBERG



Übergreifend fordern wir:

1. Die Erarbeitung eines Etappenplans gemeinsam mit unserer Ortsgruppe und der Klimaschutzleitstelle, der Rücksicht auf Kipppunkte innerhalb dieses Zeitraumes legt.
2. Den Einsatz der Kommunalpolitik für eine CO2-Steuer auf Landes- und Bundesebene.
3. Den Einsatz der Kommunalpolitik für finanzielle Förderungen für den Umstieg auf ökologische Tier- und Landwirtschaft, die eine höhere Subventionierung von ökologischer Landwirtschaft sowie eine Reglementierung für eine artgerechte Nutztierhaltung auf Landes- und Bundesebene bedingt.
4. Den Einsatz der Kommunalpolitik für ein Verbot von Glyphosat auf Landes- und Bundesebene.
5. Den Einsatz der Kommunalpolitik für ein neues, konsequentes Klimapaket auf Landes- und Bundesebene.
6. Den Einsatz der Kommunalpolitik für die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes auf Landes- und Bundesebene, um Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu ermöglichen.

Für das Themenfeld Energie fordern wir:

1. 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035, dies beinhaltet explizit die Energie für Wohnen, Heizen und gewerbliche Produktion bis 2035. Nach dem Erreichen der eigenen 100 % erneuerbaren Energien im Landkreis wird der Landkreis zum Energieexporteur für die darauf angewiesenen Ballungsräume.
2. Die Differenzierung und Priorisierung der verschiedenen erneuerbaren Energien nach THG-Emissionen (siehe Anhang)
3. Die Etablierung von Sektorkopplungsprojekten (Power-to-X)



FORDERUNGEN

AN DEN KREISTAG LÜCHOW-DANNENBERG



Für das Themenfeld Verkehr fordern wir:

Starke Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs:

1. Die Sofortige Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 innerhalb der Innenstädte, bis 2025 die Einrichtung autofreier Zonen in den Innenstädten.
2. Die Förderung und den Ausbau von Alternativen zum motorisierten Individualverkehr so zum Beispiel Carsharing-Systeme.
3. Den Ausbau der öffentlichen Ladestationen für E-Autos
4. Die Förderung von regionaler Infrastruktur zur Vermeidung von übermäßiger Mobilität (siehe Beispiel Landnutzung)

Umfassender Ausbau des ÖPNV:

1. Umfassende Investitionen in den ÖPNV um Pünktlichkeit, hohe Taktung und ein weites Netz zu gewährleisten
2. Die Erarbeitung eines neuen Tarifplans für den ÖPNV bis 2026, der sich an Alternativen, wie dem 1€-Ticket orientiert.
3. Für Schüler*innen und Nichtverdienende kostenlose ÖPNV-Nutzung ab nächster Wahlperiode 2021
4. Den schrittweisen Umstieg des ÖPNV auf Elektro- und Wasserstofftechnologien und einen Anschaffungs-Stopp von fossil betriebenen Fahrzeugen im ÖPNV ab sofort

Ausbau des Bahnverkehrsangebots:

1. - Den Landkreis auf, das Verfahren zum Ausbau der Zugstrecken Wustrow-Dannenberg, Dannenberg-Uelzen und Wustrow-Salzwedel in Gang zu setzen.
2. - Den Landkreis auf, Anreize an private Zugunternehmen (wie erixx) zu setzen, Züge öfter und schneller fahren zu lassen und damit Pendler*innen mit variablen Arbeitszeiten zu ermöglichen, den Zug als Verkehrsmittel zur Arbeit zu nutzen.



FORDERUNGEN

AN DEN KREISTAG LÜCHOW-DANNENBERG



Ein starker Ausbau des Fahrradverkehrs:

1. Die Öffnung aller Einbahnstraßen für den zweispurigen Radverkehr innerhalb der nächsten 6 Monate
2. Die Einrichtung von Radwegen, die eine komfortable Kombination von ÖPNV und Radverkehr ermöglichen.
3. Den Landkreis auf, ab 2021 mindestens 7 km Radverkehrsanlagen pro Jahr durch Um- oder Neubau in ihrer Baulast, die sich auszeichnen durch bauliche Trennung von Fuß- und Kraftfahrzeugverkehr, kontinuierliche, möglichst ruckfreie Führung mit ebenem Belag, Vorfahrt an Knotenpunkten für Radfahrer und einer Mindestbreite gemäß der Regemaße in den "Empfehlungen zur Anlage von Radverkehrsanlagen" (ERA) zuzüglich der jeweiligen Sicherheitstrennstreifen anzuschaffen.
4. Den Landkreis auf, bis 2030 ein Radverkehrsnetz aus nummerierten Velorouten, welches alle Ortsteile miteinander vernetzt und diese radial an die Innenstadt anbindet anzuschaffen. Das Netz wird nach den Kriterien Sicherheit, Komfort, Umwegfreiheit, lückenlose Führung und Wegweisung, sowie der Möglichkeit, ein zügiges Tempo zu fahren, konzipiert und umgesetzt.
5. Den Ausbau des vorhandenen Leihradangebots und eine stärkere Bewerbung von dessen Nutzung.
6. Die Beseitigung von Mängeln an Radwegen. Insbesondere Mängel an Radwegen zu wichtigen ÖPNV-Knotenpunkten werden systematisch (insb. nach dem Winter) erfasst und innerhalb eines Vierteljahres beseitigt.

Übergreifend:

Wir fordern die Entwicklung einer funktionierenden Mobilitäts-App, die Alternativen zum Individualverkehr, wie Ridepooling, Ridesharing und Carsharing, zusammenfasst und somit den Umstieg erleichtert. Als Bedingungen dieser App fordern wir :

1. Den Einsatz des Landkreises für ein schnelles Verfahren zur Entwicklung der App.
2. Die Ausschreibung des Projektes vom Landkreis noch vor kommender Kommunalwahl.
3. Den Landkreis dazu auf, baldmöglichst eine funktionstüchtige App einsatzbereit zu haben, anstelle eines Langzeitprojektes.
4. Die effektivste Nutzung der EU-Förderung zu jenem Projekt.
5. Das Schreiben der App als Open-Source-Programm aus verschiedenen Nachhaltigkeits- und auch Datenschutzgründen, sowie der aus Gründen der Flexibilität für zukunftsfähige Mobilitätsalternativen.



FORDERUNGEN

AN DEN KREISTAG LÜCHOW-DANNENBERG



Für das Themenfeld Landnutzung fordern wir:

1. Den sofortigen Genehmigungsstop für den Bau von Massentierhaltungsanlagen
2. Eine Erweiterung von Ausgleichs- und Naturschutzgebieten zur Regulierung des chemischen Pflanzenschutzmitteleinsatzes.
3. Eine Erhöhung der Strafen auf das Entfernen von Grünstreifen, Hecken, freistehenden Wäldchen usw. im Gemeineigentum.
4. Die Renaturierung mit natürlichen Methoden und effektiver Schutz von Mooren im Kreisgebiet.
5. Die Einrichtung eines Gremium verschiedener Akteur*innen (Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Umweltschutz etc.), um gemeinsam Lösungen für landwirtschaftsbezogene Probleme in der Region zu finden.
6. (Bewirtschaftungs-)Auflagen für kreiseigene Flächen (Verwaltung)
7. Eine Begrenzung des Maisgehalts in Monokulturen auf höchstens 80% in der Fruchtfolge zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit.
8. Die Errichtung einer regionalen Infrastruktur, zur Vermeidung von Transport und markttechnischen Gewinneinbußen seitens der Landwirt*innen. So wäre ein Beispiel der Aufbau eines landkreisweiten Dorfladennetzes.

Für das Themenfeld Ernährung, Abfall und Ressourcenverbrauch fordern wir:

1. Eine autarke Versorgung der BürgerInnen durch den Landkreis.
2. Die Stärkung der SoLaWis und der regionalen, ökologischen Lebensmittelproduktion sowie die direkte Verbindung zu den regionalen Lebensmittelweiterverarbeitungsbetrieben.
3. Eine Recyclingquote, die ab 2026 bei mehr als 90% liegt.
4. Vom Landkreis eine Unterstützung beim Aufbau einer Foodsharing-Struktur im Kreisgebiet, welche informativ gesetzlich und finanziell greift.
5. Das Spenden überproduzierter Waren an primär soziale Einrichtungen, sekundär an das Konzept des Foodsharing-Netzes.
6. Die Erhöhung des Anteils an vegetarischen/veganen, biologischen, regionalen und saisonal zubereiteten Gerichten in allen kommunalen Verpflegungseinrichtungen inklusive Schule.
7. Die Bildung eines Ernährungsrates nach dem Beispiel von Köln.



FORDERUNGEN

AN DEN KREISTAG LÜCHOW-DANNENBERG



Für das Themenfeld Verwaltung fordern wir:

1. Den Abzug aller finanzieller Rücklagen und Anlagen des Landkreises sowie der städtischen Unternehmen aus klimaschädlichen Wertanlagen.
2. Das Verbot von Dienstreisen per Flugverkehr für alle Mitarbeiter*innen in Kurzflugdistanz.
3. Den Umstieg der Dienstreisen aller Mitarbeiter*innen auf ÖPNV, andernfalls die vollständige CO2-Kompensation der Dienstreise.
4. Die Erstellung und Veröffentlichung eines einmaligen Gesamtberichtes aus allen Bereichen der Kreisverwaltung über alle bereits getroffenen Maßnahmen und deren expliziter Stand der Umsetzung bezüglich des Klima- und Umweltschutzes.
5. Das Ablegen einer öffentlichen Rechenschaft zu allen getroffenen, klimarelevanten Maßnahmen vom Kreis gegenüber der Bevölkerung.
6. Aufgrund ihrer Vorbildsfunktion die Klimaneutralität für den Kreirat und alle Tochtergesellschaften bereits ab 2026.
7. Den Wechsel zu einem Ökostromanbieter für alle kreiseigenen Gebäude ab der nächsten Ausschreibung sowie die Produktion und Verwendung von Eigenstrom (siehe folgende).
8. Den Bau von Solaranlagen auf und an allen öffentlichen Gebäuden und Strukturen, die geeignet sind eine Solarplatte zu halten.
9. Die besondere Berücksichtigung bei Ausschreibungen und der Auftragsvergabe von städtischen Projekten sowie dem Kauf von Betriebsmitteln und Arbeitsmitteln von Sozialstandards und Umweltschutzkriterien
10. Vetorecht für die Klimaschutzleitstelle gegen Entscheidungen kreiseigener Behörden, sofern diese im Widerspruch zum Klimaneutralitätsbeschluss des Landkreises und der 1,5°-Grenze stehen
11. Die Einstellung von Beauftragten in die Klimaschutzleitstelle für folgende Positionen: Fahrrad, ÖPNV, Artenvielfalt, Energiegewinnung, Landwirtschaft, Abfall/Recycling etc.
12. Eine Verfügung von den Beauftragten der Klimaschutzleitstelle über 30% des kommunalen Budgets.



FORDERUNGEN

AN DEN KREISTAG LÜCHOW-DANNENBERG



Für das Themenfeld Stadtplanung und Gebäude fordern wir:

1. Die Einhaltung höherer Energieeffizienzstandards bei bestehenden Gebäuden.
2. Eine schrittweise stattfindende Steigerung der Sanierungsrate auf mindestens 5% bis 2025
3. Eine sofort geltende Verpflichtung zur Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieanlage nach Sicherheitsprüfung für Neubauten
4. Die autofreie Gestaltung von neu geschaffenen Wohngebieten gemäß den Forderungen des Bereiches „Mobilität“.
5. Die priorisierte Förderung zur Erhaltung und Nutzung von Altbauten anstelle ineffizienter Flächenversiegelung.
6. Das Einrichten von Blühflächen auf allen kommunalen, ungenutzten Grünflächen.
7. Das Aufbauen von frei zugänglichen Gemeinschaftsgärten auf allen dafür geeigneten Grünflächen der öffentlichen Hand durch die Kommunen.

Für das Themenfeld Wirtschaft fordern wir:

1. Die Verbindung von Förderungen des Landkreises an Unternehmen mit verbindlichen Klimaschutzplänen, die das Erreichen der Klimaneutralität 2035 beinhalten.
2. Das Ermöglichen einer breiten und fundierten gesellschaftspolitischen Debatte zu der Klimakrise durch den Landkreis mithilfe von Informations- und Bildungsangeboten an Unternehmen.

Schluss

Unsere Forderungen besitzen keinen Anspruch auf wissenschaftliche Professionalität und Vollständigkeit, da wir keine Wissenschaftler*innen sind, sondern Schüler*innen. Wir haben versucht mit unserem Kenntnisstand und in Kommunikation mit Expert*innen, möglichst effiziente Lösungen für mehr Klimaschutz im Landkreis zu finden. Wir sehen die Forderungen als Vorschlag an alle Politiker*innen und als Grundlage für Diskussionen und eine Zusammenarbeit um diese weiter zu entwickeln. Wir sind offen für Kritik und Diskurs akzeptieren aber keine Negierung unserer Stimme, denn solange die Politik ihrer Verantwortung nicht ausreichend nachkommt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken, bis gehandelt wird.

